

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 37 · 30. Jahrgang      Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3      Berlin, 14. September 1929

### Arbeiterinteresse und Wirtschaftspolitik

Die Gewerkschaften haben ganz zweifellos auf sozialpolitischem Gebiete — besonders in der Nachkriegszeit — Großes erreicht. Jetzt gilt es, das Erreichte gegen die Angriffe der immer auf der Lauer liegenden Reaktion zu halten und, was noch wichtiger ist, auszubauen. Der Kampf um einen der Rationalisierung, der fortgeschrittenen Technisierung und der verteuerten Lebenshaltung entsprechenden Lohn und um eine angemessene Arbeitszeit ist und bleibt im Gange und muß für die breiten Schichten der Arbeitnehmer noch zu viel besseren Resultaten als bisher führen. Daneben wird um den Ausbau des Arbeitsrechtes und des Arbeitsschutzes, sowie um die Berufsausbildung und den Berufsschutz der erwerbstätigen Jugend gerungen. Diese gewerkschaftliche Arbeit, die erst dem jungen sozialen Volksstaat nach und nach sein Gepräge geben wird, ist notwendig und unausweichlich. Es ist auf die Dauer eine völlige Unmöglichkeit, daß ein sozialer Volksstaat wie der deutsche ein so großes Proletariat besitzt. 26,5 Millionen Deutsche haben ein Einkommen aus Arbeit; 19,5 Millionen davon verdienen jährlich weniger als 2000 RM., — das sind im Monat kaum 165 RM. 10,4 Millionen von diesen armen Menschen haben ein Einkommen, das nicht einmal steuerpflichtig ist, d. h., sie verdienen unter 100 RM. im Monat, oder werden bei dem niedrigen Einkommen durch den Besitz einer Reihe Kinder steuerfrei. Von den rund 3 1/2 Millionen versicherten Angestellten zahlen zwei Drittel der Mitglieder der Angestelltenversicherung Beiträge in einer Gehaltsklasse von unter 200 RM. im Monat. Welch ein Heer proletarisierter Arbeiter und Angestellter! Wenn auch ein Teil von den 26,5 Millionen auf Arbeit angewiesenen Deutschen noch Zusatzeinkommen aus Besitz erhält, so wird dadurch die große Not in den breiten Schichten der Arbeitnehmer kaum merklich beeinflusst.

Zu diesem Lohnelend tritt noch die große Arbeitslosigkeit und die enorme Preissteigerung durch die monopolistischen Bestrebungen der Produktions- und Handelskreise, insbesondere der Markenartikelfabrikanten. Die Arbeitererschaft wird daher in Zukunft sehr viel mehr als bisher auch der Wirtschaftspolitik ihr Augenmerk zuwenden müssen. Dazu gehört natürlich auch die Steuer- und Zollpolitik. Gewiß sind insbesondere in der Steuerpolitik durch sachkundige Angestellte der christlichen Gewerkschaften und durch christlich-nationale Arbeitnehmerabgeordnete dankenswerte Fortschritte erzielt worden. Es wurde erreicht, was zunächst zu erreichen war. Aber trotzdem ist die direkte und insbesondere auch die indirekte Steuer- und die Zollaufgabe auf den Schultern der Arbeitererschaft ruht, im Verhältnis zu den anderen Volksschichten zu groß. Hier müssen Erleichterungen geschaffen werden.

Am allerwichtigsten für die Arbeitererschaft aber ist die rechtzeitige und dauernde Arbeitsbeschaffung und die Hebung des Reallohnes. Von zwei Seiten können die Bestrebungen, Arbeit zu beschaffen, diese richtig zu verteilen und die Kaufkraft des Lohnes zu heben, unterstützt werden. Die eine Seite ist die endliche Durchsetzung der richtigen und rechtzeitigen Herausgabe und Verteilung der kolossalen Behördenaufträge, und die andere Seite ist die Beeinflussung der immer mehr um sich greifenden Monopolpreise für Lebensmittel und tägliche Bedarfsartikel durch öffentliche Kritik, durch genossenschaftliche Selbsthilfe und durch gesetzliche Maßnahmen. Auf diesen äußerst wichtigen wirtschaftlichen Gebieten sind die christlichen Gewerkschaften ebenfalls mit Erfolg tätig gewesen. Es ist nach jahrelangen Bemühungen den christlichen Gewerkschaften gelungen, die öffentliche Meinung und die Reichsregierung dafür zu gewinnen, daß die Lieferungs- und Leistungsaufträge des Reiches und der Länder, sowie schließlich auch der Kommunen

benutzt und zweckmäßig eingesetzt werden, um wenigstens eine Abflachung der starken Saisonschwankungen zu erzielen.

Die Aufträge des Reiches, der Länder und der Kommunen betragen schätzungsweise alljährlich zwischen 7000 bis 8000 Millionen RM. Wenn auch nur ein kleiner Teil dieser gewaltigen Aufträge, vielleicht 10 Prozent, in Zeiten guter Konjunktur womöglich zwei Jahre lang zurückgestellt werden, könnte man rund 750 000 Arbeitslose während der wirtschaftlichen Depression ein Jahr lang mit werteschaffender Arbeit über Wasser halten. Wenn wir aber von diesem theoretischen Beispiel absehen, so ist es bei einigermaßen gutem Willen den behördlichen Beschaffungsstellen zum mindesten möglich, die große Arbeitslosigkeit in der „schlappen Zeit“ — besonders aber im Winter — zu mildern.

Die Maßnahmen des Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministeriums, die insbesondere auf Grund von Anregungen und Anträgen der christlichen Gewerkschaften nunmehr in dieser Hinsicht getroffen werden, können den guten Anfang einer planmäßigen Beeinflussung der Saisonschwankungen bilden. Seit dem Januar ist die von den christlichen Gewerkschaften geforderte Statistik über die Vergebungen des Reiches und seit dem 1. April auch über die der Länder in Angriff genommen und soll demnächst auch auf die Kommunen ausgedehnt werden. Die Staatsvorschriften in den Reichs- und Länderverordnungen werden durchgeprüft, ob Änderungen in denselben notwendig sind, um den Schwankungen in der Wirtschaft Rechnung zu tragen, und vor allem, um die Übertragbarkeit von Staatsmitteln zu erreichen. Mit den Beschaffungsressorts werden gemeinsame Grundsätze aufgestellt, nach denen verfahren werden soll. Die Landesarbeitsämter sind gemäß einem Erlaß des Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministeriums vom 28. Juni 1929 und des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 23. Juli 1929 aufgefordert worden, mit den Beschaffungsstellen, also vor allem mit den Reichsbahndirektionen, den Oberpostdirektionen, den Wasserbauämtern, den Landes- und Finanzämtern, den Landes- und Provinzialverwaltungen, sowie den Landes- und größeren Städten in ihren Bezirken fortlaufend Fühlung zu nehmen und auf eine zweckmäßige Verteilung der öffentlichen Aufträge im Sinne des Ausgleiches der Konjunktur- und Saisonschwankungen hinzuwirken. Beide Ministerien legen den größten Wert darauf, daß der Entwicklung des Baumarktes eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Mit allem Nachdruck soll angestrebt werden, daß wenigstens die Innearbeiten bei neuen Bauten sowie die Instandsetzungsarbeiten in die arbeitsfüllen Wintermonate verlegt werden. Ueber die diesbezüglichen Bemühungen haben die Präsidenten der Landesarbeitsämter dem Präsidenten der Reichsanstalt Bericht zu erstatten, und dieser berichtet dem Reichsarbeitsministerium bis zum 1. Oktober dieses Jahres.

Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerspitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft sind sich darüber einig und haben dieses auch in einer besonderen Eingabe und in einer Sitzung den zuständigen Reichsministerien bekanntgegeben, daß die Behörden sich eine enge Zusammenarbeit mit den Spitzenorganisationen der Wirtschaft zur Durchführung der schwierigsten Aufgaben sichern sollten. Dazu erscheint es ihnen auch notwendig, daß die zuständigen Ministerien zu Beginn des Baujahres einen Überblick über die Gesamtaufträge sich verschaffen und sich sowohl über diese als auch über die sonstigen Erfahrungen mit den wirtschaftlichen Spitzenorganisationen aus-

sprechen. Außerdem werden die Ministerien und Beschaffungsstellen darauf hinwirken müssen, daß bei ihren Auftragsvergebungen auch auf die wirkliche Leistungsfähigkeit der Firmen und auf möglichst langfristige Liefertermine Rücksicht genommen wird. Eine wirksame Nachkontrolle, wozu die Aufträge gegangen sind, sowie eine Nachprüfung und ein Vergleich der Preis- und Lieferbedingungen, wird durch die Zentralstellen besonders dort, wo das Beschaffungswesen absichtlich stark dezentralisiert worden ist, unumgänglich sein.

Ein verheißungsvoller Anfang zu einer vernünftigen Arbeitsbeschaffung und -verteilung durch die alljährlich wiederkehrenden großen behördlichen Aufträge ist also gemacht. Ein wesentlicher wirtschaftlicher Erfolg ist damit auch für die Arbeitererschaft erzielt worden. Dieser Erfolg hat sich bereits dahin ausgewirkt, daß es dem „Berufsverband christlicher Steinarbeiter“ vor kurzem möglich war, eine Zusammenkunft der interessierten Reichsressorts, der Vertreter der Steinindustrie, sowie der für die Erzeugnisse der Steinindustrie in Betracht kommenden abnehmenden Behörden zustande zu bringen, in der über Maßnahmen zur Behebung der Auftragsnot in der Steinindustrie mit großem Ernste beraten wurde. Auch hier blieb der Erfolg nicht aus, denn der Vertreter der Reichsbahn erklärte z. B., daß die Reichsbahn alsbald etwa ein Drittel des Jahresbedarfes an Steinen und Schotter bestellen wird, um die große Beschäftigungslosigkeit in der Steinindustrie beheben zu helfen.

Auch auf dem Gebiete der Beeinflussung der monopolistischen Preisgestaltung, besonders hinsichtlich der überhöhten Monopolpreise für die Markenartikel, haben die christlichen Gewerkschaften durch ihre fortwährende Kritik im „Deutschen“, in den Verbandsorganen und in ihren Korrespondenzen wesentliche Erfolge zugeführt. Der Arbeiter erzielt die Spitzenverbände des Handels haben teils unter dem Druck der öffentlichen Meinung und auch auf Betreiben vieler Detailisten den „Schutzverband der Markenartikelfabrikanten Deutschlands“ gezwungen, auf seine Mitgliedergruppen einzuzwirken, die Preisbindungen zu lockern. Der „Schutzverband der Markenartikelfabrikanten e. V.“ mußte schließlich dahin nachgeben, daß bei Markenartikeln der Gruppe B die starre Preisbindung der Händler aufgehoben und Preisnachlässe gegeben werden können. Die Gruppe B der Markenartikel umfaßt (und das ist das Wichtigste an dieser Preislockerung) Nahrungsmittel, Colonial- und Materialwaren, wie z. B. Zucker, Margarine, Konserven, Schokolade, Kindermehl, Honig, sonstige Nährmittel, sowie Backpulver, Kaffeepulver, Waschmittel, Schuhputz, Farben usw.

Auch die Gerichte, die bisher die rentenmäßig gesicherten Kupnießer der kartellmäßigen Preisbindungen ausnahmslos schützten und auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb eine gegen das gesunde Volksempfinden stehende Jubilatur ausübten, nehmen schon hier und da eine andere Stellung gegen früher ein. Es ist auch mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Untersuchungen und Bernehmungen des Enquete-Ausschusses im Kartell- und Markenartikelwesen in ihren Ergebnissen dem angestrebten stärkeren Verbraucherschutz nicht abträglich sein werden. Auch hier werden niedergelegte Äußerungen der Vertreter der christlichen Gewerkschaften bzw. des D.G.B. ihren Einfluß nicht verfehlen. Die sachliche, aber energische und zähe Kritik der Publikationsorgane der dem D.G.B. und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände an den monopolistischen Preisgebarungen darf unter keinen Umständen verstummen. Die Hebung des Reallohnes kann auch durch

eine wirksame Preisbeeinflussung geschehen.

Im übrigen haben die Gewerkschaftler auch noch das Mittel der genossenschaftlichen Selbsthilfe. Die entscheidende Beeinflussung der Preisgestaltung, die für die Kaufkraft des Lohnes von größter Bedeutung ist, kann hauptsächlich durch den genossenschaftlichen Mitbesitz in der Wirtschaft erfolgen. Nichts hindert die Massen der Arbeitnehmer, die genossenschaftliche Wirtschaftsmaschinerie auf stärkste anzuspannen und die gewonnenen Güter den Genossenschaftlern zuzuführen. Leider steht immer noch innere Schwäche, Erkenntnisunfähigkeit und unsozialistisches Verhalten der Massen der Verbraucher der praktischen Höchstentwicklung der großen Genossenschaftsidee entgegen. Immerhin betragen die Jahresumsätze der Konsumgenossenschaften schon fast 1,5 Milliarden RM. Wenn man in Betracht zieht, daß jährlich rund 22-23 Milliarden RM. an Löhnen allein durch die Hände der Hausfrauen für tägliche Lebensmittel und Bedarfsartikel gehen, dann erkennt man, welch ein ungeheurer Einfluß durch die weitere Organisation und Befriedigung des Bedarfs durch die Konsumgenossenschaften auf Preis- und Produktionsgestaltung ausgeübt werden kann, wenn die Arbeitnehmer und ihre Frauen es nur wollen. Die Pionierarbeiten sind geleistet und bedeutsame Anfangserfolge zu verzeichnen. Selbsthilfe ist auch hier die beste Hilfe. F. Baltusch.

### Um die Arbeitslosenversicherung Ergebnislose Verhandlungen

Am 4. September fanden Verhandlungen der Minister mit den Parteiführern über die zurückgestellten Hauptfragen: Anwartschaft, Wartezeit, Leistungsabbau und Beitragserhöhung statt. Sie führten zu keiner Einigung und wurden am Nachmittag ergebnislos abgebrochen. Eine erneute Besprechung am folgenden Tag kam nicht zustande. Es ist nicht verwunderlich, daß dann auch die Beratungen des sozialpolitischen Ausschusses über die großen Streitfragen der Arbeitslosenversicherung am 5. September zu keinem Ergebnis führten. Die Regierungsvorlage und die von den Parteien gestellten Änderungsanträge wurden in allen entscheidenden Punkten mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Ueber Einzelheiten entnehmen wir dem „Deutschen“ den folgenden kurzen Verhandlungsbericht:

Bald nach 10 Uhr begann unter dem Vorsitz des Abg. Esser (Ztr.) die Sitzung des Sozialpolitischen Reichstagsausschusses, in der die Beratung über die noch ausstehenden Vorschriften der Novelle zum Arbeitslosen-Versicherungsgesetz, die Ziffern 26, 28, 29 und 31, namentlich über die Höhe der Arbeitslosen-Unterstützung und ihre Voraussetzungen fortgesetzt werden sollte.

Dazu lagen eine Reihe neuer Anträge der Parteien vor. Der Vorsitzende schlug vor, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen, damit diese Anträge inzwischen gedruckt werden könnten.

Reichsarbeitsminister Bissell ließ eine kritische Aufstellung verteilen, aus der sich ergibt, wieviel Ersparnisse gegenüber dem jetzigen Zustande die verschiedenen Anträge der Parteien bringen würden. Der Minister gab eine eingehende Erläuterung zu dieser Statistik.

Reichsarbeitsminister Bissell gab einen Ueberblick über die Ersparnisse, die durch die bisher schon eingebrachten Anträge der Parteien und die im Verlauf der Debatte gemachten Anregungen über die Regierungsvorlage hinaus erzielt werden würden.

Darauf wurde die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme begann die Einzelberatung bei Ziffer 26, die dem § 104 folgende Fassung gibt:

„Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung bestimmt sich nach dem Arbeitsentgelt und während einer berufstätigen Arbeitslosigkeit auch nach der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung.“

Abg. Frau Teusch (Ztr.) verlas für ihre Partei und die Bayerische Volkspartei folgende Erklärung:

„Durch die mit unserer Unterstützung zustande gekommenen bisherigen Beschlüsse werden die zutage getretenen Mißbräuche, welche die Einrichtung als solche in allen Kreisen der Bevölkerung so stark im Ansehen geschädigt haben, beseitigt, soweit dies überhaupt durch Gesetzesvorschriften möglich ist. Das übrige ist nun Aufgabe der zuständigen Selbstverwaltungsorgane. Die Mitglieder der Zentrumsfraktion und der Bayerischen Volkspartei haben an der finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung mit dem Ziele gearbeitet, den sozialpolitischen Forderungen ebenso gerecht zu werden, wie auf der anderen Seite den finanziellen Weiterbestand der Arbeitslosenversicherung sicherzustellen. Nach dieser Richtung hin gehen auch die von unseren Fraktionen gemeinsam heute gestellten Anträge. Diese Anträge bedeuten keinen allgemeinen Abbau der Leistungen oder eine unsoziale Maßnahme. Sie beruhen vielmehr auf dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit, weil sie alle Versicherten mit kurzen Anwartschaften gleichmäßig behandeln wollen. Nach unserer Auffassung ist es unsozial und ungerecht, die unermessbaren Sanierungsmaßnahmen einseitig bestimmten Gruppen von Versicherten aufzubürden.“

Dadurch, daß wir in unserem Antrag die Reformvorschlüsse bezüglich der Leistungen auf die gleiche Zeitdauer wie die von der Reichsregierung vorgeschlagene Beitragserhöhung, also bis zum 31. März 1931 befristet haben, ist nach Ablauf dieser Frist die Möglichkeit gegeben, sowohl die Auswirkungen unseres Antrages, wie auch die Grundlage der Durchschnittsarbeitslosen-Ziffer erneut nachzuprüfen. Die Anträge der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei lehnen wir ab, weil in ihnen 1. der soziale Charakter der Arbeitslosenversicherung ernstlich gefährdet wird, und 2. weil durch ihre Annahme ganz bestimmt eine unerträgliche Belastung der Gemeinden und Fürsorgeverbände eintreten würde. Alle übrigen vorliegenden Anträge, wie auch Ziffer 28 der Regierungsvorlage mit der Sonderregelung für Saisonarbeiter, sind für uns ebenfalls unannehmbar, weil sie uns nicht als geeignete Maßnahme zur Erreichung der beiden von uns erstrebten Ziele erscheinen.“

Abg. Dr. Rademacher (Dnall) erklärte, die Deutschnationalen Volkspartei habe in ihren Anträgen Wege gewiesen, die eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung ohne Beitragserhöhung ermöglichen würden. Die Deutschnationalen Volkspartei werde für den Versuch, das Gesetz mit wechselnden Mehrheiten zu machen, Stimmen nicht zur Verfügung stellen.

Verfügung stellen. Sie werde daher auch keinen Anträgen zustimmen, die zwar in gewissem Umfange auch mit den deutschnationalen Vorschlägen übereinstimmen, die aber infolge ihrer Unzulänglichkeit eine Beitragserhöhung notwendig machen würden.

Abg. Grafmann (Soz.) erklärte, seine Partei beharre auf ihrem Standpunkt. Dem demokratischen Antrag könne sie zustimmen, die übrigen Anträge lehne sie ab.

Abg. Dr. Pfeffer (D. Vp.) nannte es eine Verletzung der Versicherungsgrundsätze, wenn ein Teil der Versicherten im Verhältnis zu ihren Leistungen ungewöhnlich hohe Unterstützungen erhalte. Diese Ungleichheit auszugleichen, fordere sein Antrag. Eine Beitragserhöhung müsse unter allen Umständen vermieden werden. Nur unter dieser Voraussetzung würde seine Partei der Vorlage zustimmen.

Es wurden dann noch einige Punkte der Regierungsvorlage angenommen. Alle anderen Anträge der Parteien wurden gegenseitig abgelehnt, die Beitragserhöhung wurde abgelehnt. Praktisch ist damit die Regierungsvorlage erledigt. Der Ausschuss vertagte sich auf Donnerstag, den 12. d. M., um dann mit der zweiten Lesung zu beginnen.

Nächsten Dienstag tagt das Plenum des Reichsrates und wird vermutlich zu einem endgültigen Beschlusse kommen, mit dem sich Donnerstag der Sozialpolitische Ausschuss dann befassen wird.

Die Lage ist also nach wie vor ungeklärt. Ob die nächste Woche eine Einigung bringt, ist fraglich. Die Gegenätze sind jedenfalls außerordentlich scharf. Für die Saisonarbeiter stehen die Dinge bisher sehr wenig erfreulich. Mit Ausnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei fordern alle Parteien eine weitere Sonderbehandlung der Saisonarbeiter oder haben sich wenigstens mit ihr abgefunden. Mehr als merkwürdig ist das Verhalten der Sozialdemokratie, deren Schuld es sein würde, wenn tatsächlich eine Schlechterstellung der Saisonarbeiter eintreten sollte.

### Zur Saargängerunterstützung

Die letzten Anordnungen des Rheinministeriums über die Neuregelung der Saargängerunterstützung haben in ihrer Auswirkung große empfindliche Härten und eine ungerechte Behandlung ganzer Berufsgruppen ausgelöst. Wenn auch das Suchen nach geeigneten Maßnahmen zwecks Verminderung von Ausgaben, die über die zur Verfügung stehenden Geldmittel hinaus gemacht wurden, an und für sich verständlich ist, so sollten doch nur solche Reformwege beschritten werden, die auf der einen Seite zu den erhofften Sparmaßnahmen führen und auf der anderen Seite eine gleichmäßige, härteverhindernde Behandlung aller Saargänger ohne Rücksicht auf ihre Berufszugehörigkeit gewährleisten.

Die vom Rheinministerium angeordneten Sparmaßnahmen haben, weil sie für einzelne Berufsgruppen eine Sonderregelung bedeuten, außergewöhnliche Härten und teilweise bitter empfundenes Unrecht ausgelöst. Ein Bauarbeiter, der in drei oder vier Sommermonaten einige Mark mehr verdient als ein Hütten- oder Bergarbeiter und deshalb die im ministeriellen Erlaß vorgesehene Einkommensgrenze unwesentlich überschreitet, erhält für diese Sommermonate keine Saargängerunterstützung, trotz-

### Frankfurt a. M.

#### Zur Tagung des Gesamtverbandes

Frankfurt a. M. hat von Mainz eine so günstige Verkehrslage, wie selten wieder eine Stadt. Sie bildet die große Verkehrsdrachenseite des deutschen Südwesens. Sie liegt am Ausgange der von alters her reich belebten oberrheinischen Tiefebene, die, wie ein Blick auf die Karte lehrt, ihre natürliche Fortsetzung nicht im nun schmalen Rheintale nordwärts, sondern in der Wetterau, die von Frankfurt aus ihren Ausgang nimmt, findet. Von hier läuft der starke Verkehr zu Weser und Elbe und mainaufwärts, der Drehpunkt von Südwest und West nach Norden und Nordost hat unübersehbare Bedeutung. Diese Lage Frankfurts war und ist die mächtige Triebkraft seiner Entwicklung zur Handelsmetropole von Welt. Schon im Mittelalter fanden hier die großen Messen statt, Reichsmessen gehalten, die heute in moderner Form weiterleben. Als Eisenbahnknotenpunkt konnte es kaum mehr Mainz in seinen Falken vereinen. Von allen Punkten Europas, nicht nur Deutschlands, ist es leicht zu erreichen. Neuzeitlicher Eile Rechnung tragend, jagt ein großartigiger Flughafen aus allen Enden Europas regelmäßig die eisernen Postvögel auf seine Ebene. Ein moderner Seehafen endlich kehrt nach seiner Umschlagmenge in der ersten Reihe anderer Binnenhäfen.

Das Wunder, daß die Börse einer solchen Stadt einen Herzpunkt deutschen und internationalen Wirtschaftswesens bildet? Das große Industrieunternehmungen hierher ihren Generalstab verlegen? Das Fremde hier ständig einen starken Prozentsatz der Bevölkerung ausmachen? Das wichtige Tagungen und Verhandlungen nach Frankfurt betragen werden?

Nach der bisherigen Schilderung könnte man Frankfurt für eine reichlich nüchternen Stadt halten, grau und reizlos, erstierend in Waren und Industrieerzeugnissen, von morgens bis abends rechnend, in Fieberhaft nur nach Gewinn jagend. Aber nichts wäre falscher als das. Frankfurt ist auch eine schöne Stadt, besitzt vor allem eine herrliche Umgebung. Zwischen den Häuserblöcken dehnen sich immer wieder weite Grünflächen, wie selten in einer Großstadt. Das schimmernde Band des Maines leitet uns sehr bald nach beiden Seiten in fruchtbarste, leuchtende Gebiete. Am schmalen Dampfer gleiten wir in kurzer Frist in paradiesisches Land, ein Land, das früher als die übrige deutsche Heimat und weicher die Penzlanze einfängt und zu Blütenfarbe und Blumenduft umwandelt. Und wer gar die Bahn benutzt, dem stehen für wenig Geld Gebiete offen, die zu den reizvollsten unseres Vaterlandes rechnen. Wetterau, Mainthal und Rheintal prangen in üppiger Fülle, es locken Spejart, Vogelsberg und vor allem der herrliche Taunus; Wälder wie Homburg, Wiesbaden und Ebern mit ihrem bunten Leben sind nicht weit, und wer wein- und langesährlich ist, der lasse sich in die rebenfelsenigen Gefilde des Rheinganes entföhren.

Und noch ein zweites läßt den nüchternen Geist nicht zur Alleinherrschast gelangen. Durch Frankfurt weht der Hauch einer großen Vergangenheit, einer Vergangenheit, in der es Mittelpunkts deutschen politischen und kulturellen Lebens war.

Schon die scharsichtigen Römer hatten hier ein Kastell angelegt, um jederzeit den Eisensporn von diesem selten günstigen Punkt in deutsches Land und Fleisch drücken zu können. Der Römerberg erinnert daran. Ihr Werk verfiel, aber die natürliche Be-

deutung ließ diesen Ort nicht lange im Dunklen. Karl der Große entdeckte ihn neu und gab ihm seinen Namen. Von hier aus stieß er mit seinem Frankenheer wiederholt über eine leichte Stelle, eine Furt, gegen die Sachsen vor (Frankenfurt). Eine Palz ließ ihn dauernd festen Fuß fassen. Sein Sohn, Ludwig der Fromme, baute die Palz aus, dort, wo heute der „Saalhof“ steht. Seit Ludwig dem Deutschen galt Frankfurt als Hauptstadt des neuen ostfränkischen Reiches. Bald bürgerte sich der Brauch ein, in der reichen Handelsstadt die deutschen Könige und Kaiser zu wählen. Karl IV. erhob in der „Goldenen Bulle“ 1356 diesen Brauch zum Gesetz. Seitdem fand die Vorbesprechung der Kurfürsten im Wahlzimmer des alten Rathauses, des „Römers“, statt; die eigentliche Wahl vollzog sich in der Wahlkapelle des Domes. Die Krönung des neuen Kaisers fand im Mittelalter in Aachen statt, vom 16. Jahrhundert an jedoch gleichfalls im Frankfurter Dom. Diese Aenderung weist auf die ständig steigende Bedeutung Frankfurts hin. In prunkvollem Zuge wandelte der neue Kaiser vom Dom zum Römer. Unterwegs reichte ihm die Wegbegleitung am „Zuchgaden“, der noch steht, den Ehrentrunk. Nach dem Festmahl zeigte sich der Kaiser vom „Kaiser-saal“ im Römer auf dem Balkon dem versammelten Volke und ließ sich jubeln. Goethe hat uns ein solches Krönungsfest, das er in seiner Jugend hier erlebte, anschaulich geschildert.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die Befestigungen der Stadt geschleift und in einen Grüngürtel umgewandelt. Seit 1816 tagte im Turn- und Tanz-Palast der Deutsche Bundestag, die Regierungsbefehle des neugeschaffenen Deutschen Bundes. Frankfurt galt also als keine Hauptstadt. 1849 sah der Rundbau der Paulskirche in seinen Mauern das erste gesamtdeutsche Parlament, sah die Hoffnungen

dem die Bauarbeiter alljährlich, besonders im Winter, aber auch im Sommer insgesamt einen mehrmonatigen Verdienstausschlag erleiden, so daß das Einkommen der Bauarbeiter, wenn das auf den Monat umgelegte Zwölftel ihres Jahresarbeitsverdienstes errechnet wird, nicht größer ist als das Einkommen der an und für sich schlecht bezahlten Hütten- und Bergarbeiter. Es ist weiter hinreichend bekannt, daß die Hütten- und Bergarbeiter, soweit die Saargänger in Frage kommen, mit ganz verschwindend geringen Ausnahmen, allabendlich oder nach Ende der Schicht nach ihrem Wohnort zurückkehren, während die Bauarbeiter in der Regel nur am Samstag nach Hause fahren und deshalb an den Wochentagen die Kosten eines doppelten Haushaltes bestreiten müssen. Diese unwiderlegbaren Tatsachen finden im angezogenen ministeriellen Erlaß über die Neuregelung der Saargängerunterstützung keinerlei Berücksichtigung, weshalb ein großer Teil der Bauarbeiter aus der Saargängerbürge vollständig ausgeschlossen ist, während ein anderer nicht unerheblicher Teil der Bauarbeiter stark gekürzte Unterstützungen erhält, weil diese Leute vorübergehend in dem einen oder anderen Sommermonat ein paar Mark über die vorgegebene Einkommensgrenze verdienen. Die jetzt getroffene Regelung hat der im Lande gerne auftretenden und berühmten Bettlerwirtschaft Tür und Tor geöffnet. Wehe denjenigen Bauarbeitern, die in Gemeinden wohnen, in denen andere Stände überwiegen, ganz besonders dann, wenn sich die Angehörigen der anderen Stände aus Segnern der Saargängerunterstützung zusammenschließen.

Die Erbitterung unter den Saargängern aus dem Baugewerbe ist groß. Sie wächst von Tag zu Tag. Es ist deshalb höchste Zeit, daß das Rheinministerium die ganze Aktion für die Saargänger auf eine gänzlich neue Grundlage stellt. Die Gewerkschaften haben dem Rheinministerium schon vor Wochen vorgeschlagen, und dieser Vorschlag dürfte wohl die einfachste und reibungsloseste Lösung sein, nämlich die Unterstützung für alle Saargänger ohne Rücksicht darauf, welcher Berufsgruppe der einzelne angehört, um einigte Mark zu kürzen, damit die vorhandenen Geldmittel ausreichen. In den Wintermonaten dürften sowieso größere Ersparnisse möglich sein, weil die Saisonarbeiter im Winter als heraufziehend Arbeitslose aus der Fürsorge ausscheiden.

Sähe niemand, daß die Zeit für einen Abbau der Saargängerunterstützung gekommen sei. Der Lohnunterschied zwischen dem Saargebiet und dem Reich beträgt auch heute noch, das trifft besonders für die Bauarbeiter zu, 30-35 Prozent. Die Saargängeraktion wurde seinerzeit von der deutschen Reichsregierung deshalb eingeleitet, um den Saargängern einen kleinen, wenn auch ungenügenden Ausgleich für den tatsächlichen Lohnunterschied zu bieten. Aus nationalen Gründen muß die Saargängerunterstützung bis zur fühlbaren Besserung der Wirtschaftslage im Saargebiet unbedingt erhalten bleiben. Ihre Beseitigung würde einigen Tausenden Saargängern die Möglichkeit des Verbleibens im Saargebiet nehmen. Es bleibt daher dringend zu wünschen, daß auch die Reichsregierung bereit ist, durch Anerkennung des gewerkschaftsseitigen Vorschlages die aus der zuletzt vorgenommenen Neuregelung entstandenen Mißstände zu beseitigen, damit ein bitteres und fühlbares Unrecht gegenüber ganzen Berufsgruppen verschwindet. Die ungeheure Verbitterung und der Unfriede in den Reihen der Saargänger erheischt eine schnelle und vernünftige Neuregelung der Saargängerunterstützung auf der

**Am 14. Sept. 1929 ist der siebenunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1929 fällig.**

Grundlage der gewerkschaftsseitigen Vorschläge. Auch die Bergarbeiterorganisationen haben sich in einer Erklärung des Herrn Specht (Stamstein), mit unseren Vorschlägen solidarisch erklärt. Die Erhaltung der Saargängerunterstützung für alle Saargänger ist aus den verschiedensten Gründen eine wirtschafts-, sozial- und staatspolitische Notwendigkeit. Wir erfüllen unsere Pflicht, wenn wir vor Maßnahmen warnen, die diesen unbedingten Notwendigkeiten keine Rechnung tragen.

G. Maurer (Saarbrücken).

**Das Reichsbauamt in Krefeld fördert die Schmutzkonzurrenz**

Daß verschiedene Unternehmer heute noch immer versuchen, sich an der Bezahlung des Tariflohnes vorbeizudrücken, ist uns eine alte Tatsache, aber es ist einfach unverständlich, daß von Behörden dieser unlautere Wettbewerb gefördert wird, wie das vom Reichsbauamt in Krefeld geschieht.

In Geldern wird die Kaserne zu Wohnungen umgebaut. Die Arbeiten werden vom Reichsbauamt in Krefeld vergeben. Wer nun geglaubt hätte, daß mit diesen Arbeiten ein tariftreuer Unternehmer bedacht würde, sah sich schwer enttäuscht. Ein großer Teil der Unternehmer am linken Niederrhein kann sich noch immer nicht dazu bequemen, den Tariflohn zu zahlen. Ueberhaupt ist deren ein Tarifvertrag etwas, was in ihren geschäftlichen Kram nicht hineinpaßt. Man hat dort, wie einmal ein Unternehmer, der von uns verklagt war, vor Gericht sagte, noch „Vohnniveaus“. In Geldern selbst liegen die Verhältnisse so, daß verschiedene Unternehmer den Tariflohn zahlen. Dagegen kann sich die Firma Fontay nicht dazu bequemen. Dieser nette Unternehmer erklärte den Kollegen, sie sollten mehr arbeiten, dann bekämen sie auch Tariflohn. Derselbe zahlt den Maurern verschiedentlich noch 0,80 RM. die Stunde. Zu bemerken ist dabei, daß diese alle unorganisiert sind. Man spart 2 RM. Verbandsbeitrag und verdient dafür 20 RM. weniger in der Woche, abgesehen davon, was die Organisation sonst noch ihren Mitgliedern bietet. Aber alle Agitation bei diesen treuen Arbeitgeberschaften ist erfolglos. Nun haben wir ja kein Interesse daran, diesen Drohnen den Tariflohn zu erkämpfen. Jedoch hat die Sache noch einen Haken, und zwar insofern, als die Unternehmer, die die tariflichen Verpflichtungen erfüllen, nicht in der Lage sind, zu konkurrieren. Die Folge davon ist, daß unsere organisierten Kollegen in Geldern keine Arbeit haben und gezwungen sind, in Krefeld oder Mörs zu arbeiten. Nun hatte diese nette Firma Fontay die Umbauarbeiten bei der Kaserne erhalten. Wir haben im Interesse unserer Gelderner Kollegen uns an das Reichsbauamt gewandt und auf die bestehenden Mißstände aufmerksam gemacht. Wir haben dem Reichsbauamt zu verstehen gegeben, daß es nicht allein eine Schädigung der Arbeiterschaft, sondern des gesamten Gewerbes ist, wenn eine derartige Schmutzkonzurrenz nicht unterbunden wird. Wir hatten geglaubt, daß unseren Forderungen entsprochen würde. Statt dessen antwortet

das Reichsbauamt, daß, solange kein verbindlich erklärter Tarifvertrag vorliegt, es nicht verpflichtet wäre, einzugreifen. Es heißt zum Schluß dann wörtlich: „Ich bitte, das Reichsbauamt in Ihre inneren Verbandsangelegenheiten nicht hineinzuziehen.“

Das nennt das Reichsbauamt innere Verbandsangelegenheiten, wenn eine große Organisation die dafür in Betracht kommende Stelle erfucht, die Schmutzkonzurrenz zu unterbinden. Wir können dem Reichsbauamt mitteilen, daß wir unsere inneren Verbandsangelegenheiten selbst zu regeln imstande sind. Wir können auch mitteilen, daß wir stark genug sind, am linken Niederrhein diejenigen, die sich einbilden, ohne Tarifvertrag fertig werden und denselben ignorieren zu können, zu zwingen, diese Verpflichtungen zu erfüllen. Wir können aber auch noch mitteilen, daß wir das Krefelder Reichsbauamt zwingen werden, den Tarifvertrag anzuerkennen, unbekümmert darum, ob das dem Reichsbauamt in Krefeld paßt, und daß wir uns jetzt einmal an die nächste Instanz wenden, so daß das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen sein dürfte.

An unsere Kollegen am linken Niederrhein aber ergeht die Bitte, nichts unberührt zu lassen, unseren Verband weiter zu stärken und zu festigen. Wer nicht will, daß er in anderen Orten arbeiten muß und daß den Unorganisierten das Feld geräumt wird, der Sorge mit für die Stärkung unseres Verbandes. Der letzte Unorganisierte muß in unsere Reihen, muß mit uns zusammen kämpfen für den Aufstieg unseres Standes. Nur so werden wir unserem mit großen Opfern erkämpften Tarifvertrag die Achtung erlangen und für die nächsten Verträge die von uns vertretenen Forderungen durchsetzen. Matthias Terhorst.

**Allgemeine Rundschau**

**Die Deutsche Bergwerkszeitung als Hüterin — christlicher Solidarität!**

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ ist dafür bekannt, daß sie das, was sie gerne möchte, als bereits vorhanden hinstellt. Ihr Stedenpferd ist die Einheitsfront aller Gewerkschaftsgegner, die sie als eine fertige Tatsache hinstellt. Vor kurzem behauptete sie, nur ganz wenige Arbeiter seien noch gewerkschaftlich organisiert, und auch diese wenigen wünschten die gewerkschaftlichen Fesseln lieber heute als morgen abzuschütteln. In ihrer Nummer 127, 1929, sagt sie dann in einer mit „Disei“ unterzeichneten Zuschrift, der weit aus größere Teil des katholischen Volkes stände nicht hinter den Gewerkschaftlern, sondern hinter der „Deutschen Bergwerkszeitung“, da man immer mehr erkenne, daß unsere ganze Misere nur in der sich mit allen Mitteln geltend machenden Macht der Gewerkschaftssekretäre liege, und die Wirtschaft unter der Last der Sozialpolitik stöhne. Daher wäre es ein Skandal, wie katholische Zeitungen unter völliger Verleumdung der Sachlage gegen die Unorganisierten wettern und zetern. Eine solche Gehässigkeit gehe weit über das Maß des sittlich Erlaubten hinaus. Hier könne sich keine christliche Solidaritätsbestrebung geltend machen. Daß die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die den Unternehmern stärkste Organisation in Arbeitgeberorganisationen und Streiklassen predigt, von den Arbeitnehmern jedoch Aufgabe jeglicher Selbstbestimmung verlangt, sich als Hüterin „christlicher Solidarität“ hinstellt, ist ein Treppenwitz der Zeitgeschichte, zeigt aber, wie skrupellos sie den Kampf um die Restlosmachung der Arbeiterschaft führt, und wie sehr es im Interesse der „christlichen Solidarität“ gelegen ist,

auf ein glückliches Großdeutschland in einer Atmosphäre von Begeisterung und höchster Geistigkeit aufblühen, sah sie unter fürstlichem Frostschauer trostlos erstarben. Die Zeit der Ernte war noch nicht da. 1871 wurde aber der Frankfurter Friede in dieser Stadt unterzeichnet, der Friede, der die alten Hoffnungen wenigstens zum Teil erfüllte. Vorher schon, nach dem Deutschen Bruderkriege, hatte Frankfurt aufgehört, freie Reichsstadt zu sein, war preussisch geworden.

Wenn man durch die Frankfurter Altstadt pilgert, geschichtlichen Erinnerungen nachhängend, wird man auch zum Großen Hirshgraben seine Schritte lenken müssen. Hier steht das schlichte Haus, das zum Wallfahrtsort der gesamten kultivierten Welt geworden ist, das Haus, in dem Goethe geboren wurde und seine Jugend verbrachte.

Ueber dem historischen Frankfurt schwebt der Geist Goethes.

Frankfurt hat die Stätten seiner früheren Größe und Bedeutung treu bewahrt. Daher „steht es voller Merkwürdigkeiten“, wie Goethe in einem Briefe schreibt. Sie alle gebührend zu würdigen, nimmt mehrere Tage in Anspruch.

Das Wahrzeichen der Stadt ist der „Römer“. Ursprünglich bezeichnete man so nur das alte Rathaus, um 1400 errichtet, das das Wahlzimmer für die Kurfürsten und den Kaiserstuhl enthält. Das ganze ist im 19. Jahrhundert gründlich erneuert worden. Den Kaiserstuhl schmücken Bilder aus der Zeit der alten Reichsherrschaft, von Karl dem Großen an bis zu Franz II., mit dem das Römische Reich Deutscher Nation 1806 unterging. Jetzt nennt man

„Römer“ die ganze Gruppe von Häusern, die sich um das alte Rathaus zu etwa zwölf Stück aufgestellt hat, mit hohen gotischen Giebeln geziert. Das „Salzhäus“ trägt einen Giebel, ganz aus Holz geschnitten.

Frankfurts Stolz ist sein Dom. Die erste Grundlegung führt ins 9. Jahrhundert zu Ludwig dem Deutschen zurück. Im 13. Jahrhundert wurde er großzügig neu aufgebaut und dem heiligen Bartholomäus geweiht. 1867 beschädigte ein Großfeuer ihn stark, und bei der Renovierung wurde auch der bis dahin unvollendete Turm fertiggestellt, er erhielt seine achteckige, eigenartige Kuppel, wie ein alter Entwurf es zeigte. Das Ganze ist ein dreißigfüßiger gotischer Hallenbau.

Erst aus dem vorigen Jahrhundert stammt der bedeutende Rundbau der Paulskirche. Erst umfängt uns innen der Kreis der hochstrebenden Säulen. An das Parlament der „Denker und Dichter“ erinnern zwei Gedenktafeln.

Das „profane Heiligtum“ Frankfurts ist das Goethehaus am Großen Hirshgraben. Es stellt seinerzeit ein recht stattliches Bürgerhaus dar. Ueber dem Erdgeschoß erheben sich etwas vorgebaut zwei Stockwerke, und dem ganzen ist noch ein Giebelhaus aufgesetzt. In des Dichters Jugendzeit ließ der Vater und Kaiserliche Rat es gerade renovieren. Später schon arg mitgenommen, wurde es Ende des 19. Jahrhunderts neugefaltet und im Sinne der Jugend Goethes eingerichtet. Anschließend wurde ein Goethe-Museum erbaut. Ueber diesem Haus steht unsichtbar, aber zu fühlen, das schöne Wort des Dichters: „Die Stätte, die ein edler Geist betrat, ist eingeweiht für alle Zeiten.“

Eine Sehenswürdigkeit des neuen Frankfurt ist der wunderbare Palmengarten. Im eigentlichen Palmengarten ist ein Tropentraum vollendet verwirk-

licht. Der äußere Garten blendet den Besucher vom zeitigen Frühjahr bis in den späten Herbst hinein mit üppigstem Blumenglanz. Bei den Klängen der guten Kapelle lustwandelt man hier wie in einem Zaubergarten.

Was soll ich noch alles aufzählen? Sehenswürdig in hohem Maße sind noch die Viehfrauen- und die Leonhardskirche, die Börse und die Oper, das Städtische Museum und die Denkmäler Goethes und Schillers, der Eschelheimer ehrwürdige Turm und vieles andere. Der Besucher hat für viele Tage überreich zu schauen und zu staunen.

Und eigene, liebenswerte Menschen wohnen in dieser Stadt. Weitoffener Blick und mitfühlendes Verständnis für alle und alles sind neben dem nimmermüden Fleiß ihre Haupteigenschaften. Deutsches Blut aus allen Gauen, gemischt sogar mit manchem Tropfen französischem, ist hier zu neuer Einheit geworden. Den Frankfurter drängt es hinaus in die Welt, doch mit tiefer Liebe hängt er an seiner Vaterstadt, und mit Humor preißt er sie als den Quell alles Guten. So spricht sein Heimatdichter Friedrich Stolze die bekannten Worte:

Es is kää Stadt uff der weite Welt,  
Die so merr wie mei Frankfort gefält,  
Und es will merr nei in mei Kopp enei,  
Wie kann nor e Mensch net von Frankfort sei.

Un wärsch e Engel un Sonnenkalt,  
E Fre der is immer von außerhalb,  
Der beste Mensch is e Kerjernis,  
Wann er net aach von Frankfort is.

Georg Rowoldt.

Deuts vom Schloße der „Bergwerks-Beitrag“ wirksam abzuschließen. Das geht nicht über „das Maß des sittlich Erlaubten hinaus“, sondern ist im Gegenteil eine hohe, sittliche Pflicht aller gerecht denkenden Christenmenschen.

Inzureichender Lehrlingschutz

Wie vielfach noch gegen die Bestimmungen des Lehrlingsgesetzes verstoßen wird, haben wir an dieser Stelle bereits des öfteren dargelegt. Der Jahresbericht 1928 der bayerischen Gewerbeaufsicht entrollt das gleiche betrübliche Bild. Danach ergaben sich im Berichtsjahr 1928 insgesamt 628 Beanstandungen wegen Ueberschreitung der gesetzlichen bzw. tariflichen Arbeitszeit der Lehrlinge. In einzelnen Bezirken wurde bei außergewöhnlichen Arbeiten eine Wochenbeschäftigung der Lehrlinge von 63 bis 76 Stunden festgestellt. Bei Gewährung freier Station durch den Arbeitgeber erstreckt sich die Mittagspause fast durchweg nur auf die Dauer der Einnahme der Mahlzeit. In 339 Fällen wurden die Sonntagsbestimmungen für Lehrlinge durchbrochen. Allein im Aufsichtsbezirk Oberbayern-Land wurden 75 Betriebe angetroffen, in denen die Lehrlinge keinen Urlaub erhielten.

Das sind ganz erschreckende Zahlen, die nur die festgestellten Uebertretungen buchen. Die Zahl der wirklichen Uebertretungen wird noch wesentlich höher sein.

Steigende Bedeutung des gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus

Ueber die Verteilung der in Berlin von 1924 bis 1927 entstandenen Wohnungsneubauten gibt die folgende vom Städtischen Nachrichtenamt mitgeteilte Tabelle bemerkenswerten Aufschluß:

Table with columns: Bauherr, Wohnungen (tm Hochbau, tm Flachbau, tm gesamt). Rows include Gemeinnützige Gesellschaften und Genossenschaften, Private Bauunternehmer, Einzelsiedler for years 1924, 1925, 1926, 1927.

Aus dem Verbandsleben

Zehn Jahre Zentralverband christlicher Bauarbeiter im Kreise Leobschütz

Es hat lange gedauert, ehe unser Verband im Kreise Leobschütz festen Fuß fassen konnte. Im Jahre 1919 zählten wir erst zwei Mitglieder. Im Jahre 1925 wurde in Waisfal eine Ortsgruppe gegründet, die damals 24 Mitglieder zählte. Von nun an machte die Bewegung auch in den umliegenden Gemeinden gute Fortschritte. In der gesamten Umgegend konnten Ortsgruppen gegründet werden. Während am 1. Januar 1928 erst 186 Mitglieder gezählt wurden, verdoppelte sich die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres und betrug am 1. Januar 1929 = 396. Am 1. April d. J. wurde in Waisfal eine Geschäftsstelle errichtet, der 25 Ortsgruppen mit zurzeit 545 Mitgliedern angeschlossen sind. Die aufwärtsstrebende Entwicklung ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschaft es immer mehr erkennt, was sie an den christlichen Gewerkschaften hat, die, auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehend, erfolgreich für die christlichen Belange der Arbeiterschaft eintreten.

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens unseres Verbandes im Kreise Leobschütz fanden am Sonnabend und Sonntag in den vier größten Ortsgruppen Versammlungen statt, und zwar in Branitz, Boblowitz, Pohnitz und Waisfal. In der Ortsgruppe Waisfal sprach Bezirksleiter Penninger (Breslau) über die deutsche Sozialpolitik und die geplante Aenderung der Arbeitslosenversicherung. Zum Schluß erwähnte der Redner die Mitglieder, sich nicht durch die großen Phrasen und schönen Redensarten der freien Gewerkschaften blüffen zu lassen. Er versprach, von nun an zweimonatlich in den Leobschützer Bezirk zu kommen. Die Waisfaler Ortsgruppe zählt 79 Mitglieder.

Die Ortsgruppe Branitz, die am 4. Juni 1927 mit 6 Mitgliedern begründet wurde, und jetzt einen Mitgliederstand von 81 aufweist, hielt eine Versammlung am Sonnabend abend ab. Hier referierte der Bezirksleiter über die wirtschaftliche Lage. Ueber ähnliche Fragen sprach Koll Penninger in der

Ortsgruppenversammlung in Boblowitz. Im Anschluß an den Vortrag fand eine große Aussprache statt, in der viele Mitglieder Auskunft in Zweifelsfragen fanden. Begründet wurde die Boblowitzer Ortsgruppe, die zurzeit 41 Mitglieder aufweist, im November 1925.

Eine letzte Versammlung wurde noch in Pohnitz abgehalten, zu der sämtliche Mitglieder erschienen waren. Nach dem Vortrag von Bezirksleiter Penninger über die deutsche Sozialpolitik und Fragen aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz forderte Arbeitersekretär Berger die Mitglieder auf, treu mit den kath. Arbeitervereinen zusammenzuarbeiten. In Pohnitz ist der Mitgliederbestand der Ortsgruppe des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter von anfangs 3 auf 29 angewachsen.

Ottmahan. In dem Gebiete des Ottmahaner Staubeckens hat unser Verband in der letzten Zeit gute Fortschritte zu verzeichnen. Dies scheint gewissen Deuten nicht zu passen, und sie sehen es als ihre Aufgabe an, die dort beschäftigten Bauarbeiter vor dem Eintritt in unsere Organisation zu warnen.

Gelegenheit dazu bot die am 13. d. M. stattgefundene Betriebsversammlung der Firma Siemens Bau-Union, Baustelle Ottmahaner Staubecken. Ueberschreiten des Achtstundentages durch sozialistische Bauarbeiter (man arbeitet 10 und mehr Stunden pro Tag) hatte Veranlassung gegeben, diese Betriebsversammlung einzuberufen. Wohl, um die Autorität zu wahren, aber um zu zeigen, daß in den freien Gewerkschaften kein Mangel an Vertretern herrscht, waren drei Bezirksleiter und dieselbe Zahl von Sekretären anwesend. Man redete viel über den Achtstundentag und bedauerte, daß man für die Ueberschreitung der Arbeitszeit nicht christlich organisierte Leute verantwortlich machen konnte. Trotzdem warnte

Kollegen, lest den

„Deutschen!“

man aber doch vor dem Eintritt in den christlichen Verband. Es gab sogar Leute, welche durchblicken ließen, daß sie lieber unorganisierte als christlich organisierte Kollegen sehen.

Das beste Rezept für die Bekämpfung der bösen Christen gab der Vertreter des freien (?) Zimmerverbandes, indem er den Arbeitern empfahl: „Wenn wieder so ein Bruder in Christus kommt, dann nehmt ihn beim Arm und führt ihn über den Damm.“ Allzu fest scheinen danach seine Anhänger von der sozialistischen Lehre nicht überzeugt zu sein, da er solche Angst vor den Vertretern des christlichen Bauarbeiterverbandes hat.

Alle christlich denkenden Arbeiter müssen gerade durch dieses Verhalten angeporrt werden, zu zeigen, daß sie Männer sind und bereit sind, mutig Farbe zu bekennen. Nicht in den freien Gewerkschaften ist euer Platz, wo man euch nur verhöhnt. Schließt euch den christlichen Gewerkschaften an, denn nur auf christlich-nationaler Grundlage ist ein Aufstieg des Arbeiterstandes möglich.

Ortsgruppe Herne-Sodingen. Unsere erste Familienfeier im vorigen Jahre hatte so großen Anklang gefunden, daß aus Kollegenkreisen heraus mehrfach der Wunsch geäußert wurde, auch in diesem Jahre wieder eine solche Feier zu veranstalten. Die Versammlung am 28. 8. beschloß, diesem Wunsch Rechnung zu tragen und am 12. 10. wieder eine Familienfeier abzuhalten. Der Vorstand der Ortsgruppe geht nun mit freudigem Eifer an die Vorbereitungen heran. Den Damen soll wieder Kaffee und Kuchen gereicht werden. Für die Freunde der Schiebkunst wird ein Preisstiegen veranstaltet, wofür wertvolle Preise zur Verfügung stehen. Außerdem ist eine Verlosung hübscher, brauchbarer Gegenstände vorgesehen. Weiter wird der Sohn eines unserer Kollegen, ein geborener Komiker, für Unterhaltung sorgen. Auch das Tanzbein wird natürlich geschwungen, so daß jung und alt auf ihre Rechnung kommen werden. Besonders hervorzuheben ist noch das angekündigte Erscheinen unseres Bezirksleiters Wilhelm Koch (Bösum). Die Musik liegt in guten Händen und wird ausschließlich von Kollegen der Ortsgruppe angeführt. Deshalb, alle Kollegen mit Familie, am 12. Oktober, abends 7 Uhr, nach Wiegmann zu unserem Familienfest.

Betriebsstelle Dortmund. Der 31. August war für unsere Betriebsstelle ein Tag, welcher in der Chronik derselben festgehalten werden wird. Galt es doch, das 30jährige Bestehen festlich zu begehen. Daß dabei alle gelebten Erwartungen übertroffen wurden, ist sehr ersichtlich. In den Lokaltäten und Gartenanlagen der „Kronenburg“ entfaltete sich bereits ab 17 Uhr lebhafteste Bewegung. Die Kapelle Lühje (Dortmund) brachte den Kommenden gleich von Anfang an durch Gartenkonzert eine festliche Stimmung. Der Festakt hatte eine ganz besondere Wirkung. Der große Saal der Kronenburg war nicht nur bis auf den letzten Stuhl besetzt, sondern es mußten sogar viele Kollegen mit einem Stehplatz vorliebnehmen. Nach einem Ordnungsmarsch begrüßte der Vorsitzende der Betriebsstelle, der Kollege Heinrich Petri, alle Erschienenen, vor allem die Jubilare, 23 an der Zahl. Sein Gruß galt dem Festredner des Tages, unserem Bezirksleiter, dem Kollegen Koch aus Bösum. Kollege Petri wies in kurzen scheinbaren Ausführungen auf die Gründung und Entwicklung der Betriebsstelle Dortmund hin.

mund hin. Interessant waren seine Ausführungen über die ersten Anfänge des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands, in Zusammenhang gebracht mit den Gründern W. Bucharz, Josef von Kölln, Weizenhagen, Franz und Nitz, die in Verbindung mit dem Kollegen Wiedberg im Jahre 1899 das Samen Korn legten. Ein Mitglied der Jugendabteilung, der Kollege Wilhelm Wohl, verstand es, in einem eigens dafür geschaffenen Prolog die Arbeit der verflochtenen 30 Jahre den Anwesenden lebendig zu machen.

Der Kollege Koch befaßte sich in seiner Festrede mit der grundsätzlichen Bedeutung der christlichen Gewerkschaften überhaupt und kennzeichnete in markanter Weise, unter welcher großen Opfern und Bedrückungen die Gründer unseres Verbandes agitierten mußten. Vieles sei durch die intensive Mitarbeit der Jubilare auf allen Gebieten erreicht worden. Doch sollte niemand sich in dem Glauben wiegen, daß heute der Arbeiterschaft etwas ohne Zusammenschluß gegeben würde. Er forderte die Jugend auf, nach dem Beispiel der Jubilare zu handeln, um einst das Erbe der Väter würdig übernehmen und weiterführen zu können. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Kartells der Christl. Gewerkschaften überbrachten freundliche Grüße. Der Männerchor der christlichen Gewerkschaften Dortmund verstand es, unter der vorzüglichen Leitung seines Dirigenten Weherkamp durch sein abgestimmte Liedervorträge den Festakt zu verschönern. Als nach der Ehrung der Jubilare, ihnen zur Ehre und Anerkennung, das gewerkschaftliche Kampflied „Aufwärts“ von dem Chor vorgetragen wurde, haben alle Jubilare im Gesang eine Anerkennung für das empfundene, was sie 25 Jahre lang dem Verbands an treuen Diensten geleistet haben. Fräulein Sanders (Essen) trug dann noch einige schöne Lieder zur Baute vor. Nach dem Festakt wurde das Konzert in den Gartenanlagen wieder aufgenommen. Im Saal vergnügten sich die Tanzlustigen. Reges Leben herrschte auf dem Fest, bis die Polizeistunde demselben ein Ende machte. In dieser Stelle sei offen bekannt, daß, wie schon oben erwähnt, bei dem Fest alle Erwartungen des vorbereitenden Ausschusses übertroffen wurden, denn mit einem solchen Massenbesuch hatte wohl niemand gerechnet. Die Feier hat bewiesen, daß noch reges Gewerkschaftsleben in unserer Betriebsstelle vorhanden ist, und daß dieses so gut verlaufene Fest des 30jährigen Bestehens unserer Betriebsstelle den Alten und Jungen neuen Mut zur Gewerkschaftsarbeit gegeben hat. Das Werk, welches vor dreißig Jahren von der christlichen Bauarbeiterschaft in Dortmund geschaffen wurde, soll auch in Zukunft seine beste Stütze sein.

Sterbetafel

Am 10. August starb unser treuer Kollege Albert Heise infolge eines Unglücksfalles im Alter von 23 Jahren.

Betriebsstelle Bischofferode.

Am 20. August starb unser treuer Kollege Ferdinand Groch aus Großenlader im Alter von 52 Jahren an Lungenleiden.

Betriebsstelle Fulda.

Am 28. August verunglückte tödlich durch Sturz vom Motorrad unser Vertrauensmann Martin König aus Ebnath.

Ortsgruppe Waldershof.

Ehre ihrem Andenken!

Meisterschule

Ausbildung in Zwei Halbjahrskursen zum

Maurer-, Zimmer-, Straßen- und Schachtmeister

Programm kostenlos.

Schachtmeister- und Polierschule

Detmold in Lippe, Wittjestr. 4d.

Achtung!

Achtung!

Die besten Maurerwerkzeuge

kaufen Sie nur bei

Paul Salzmann, Remscheid-Bonsberg

Fordern Sie heute noch Preisblatt

Bitte!

!a Qualität.

Bitte!

Schmale Teaholz-Wasserwaagen

Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 cm

Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,90 2,65 2,50 2,20 M.

Ich garantiere für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugelandt. Von 4 Stück an portofrei. Von 11 Stück an eine gratis. Sämtliche Maurer-, Stahlarbeiter- und Plattblechwerkzeuge, nur erste Qualität, zu billigen Preisen.

Korvette werden unentgeltlich versandt.

Bei Bestellung Größe und Form angeben.

Walter Richter, Düsseldorf-Unterrath